



Brief aus Indonesien

von Warsito Ellwein

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn man in Indonesien ist, fällt es schwer sich vorzustellen, dass das tägliche Leben so normal weiter läuft, während das Land gerade von einer schweren wirtschaftlichen Krise und gleichzeitig von einer schweren Krise der politischen Führung betroffen ist. Ich bin in vielen Städten auf Java und Bali gewesen, habe die Nachrichten in den Tageszeitungen am Morgen und am Nachmittag mitverfolgt, manchmal Radio gehört und die Nachrichten im Fernsehen angeschaut, viele Leute getroffen und mit unterschiedlichen Gruppen diskutiert, aber trotz aller schlechten Nachrichten geht das öffentliche Leben ganz normal weiter.

Das bedeutet nicht, dass es keine Probleme gibt. Im Gegenteil, es gibt zu viele Probleme und sie werden mit jedem Tag komplizierter. Die von der Regierung angestrebten Lösungen haben sowohl die Intellektuellen wie auch die Gesellschaft insgesamt nicht überzeugen können. Deshalb entwickeln alle ihre eigenen Konzepte, und in kleinen Gruppen gibt es mündliche Vereinbarungen, von denen alle einen Nutzen haben. Wenn alle Beteiligten einen Vorteil daraus ziehen können, dann gibt es kein Problem. Die Schwierigkeiten treten erst auf, wenn eine beteiligte Gruppe sich geschädigt fühlt.

Dieser Zusammenhang trifft auf den Fall von Akbar Tanjung zu — der Vorsitzende des Parlaments, der gleichzeitig Parteivorsitzender von Golkar ist, stand vor Gericht, weil er wegen Korruption angeklagt war. Offenbar wurden Gelder für ein Nahrungsmittelhilfsprogramm für arme

Bevölkerungsteile in private Kanäle umgeleitet. Vor Gericht war bereits vor drei Jahren zweifelsfrei festgestellt worden, dass das Geld nicht bei den Armen angekommen war, sondern von Leuten, die Akbars Vertrauen genossen, für andere Zwecke benutzt worden war. Die beiden Vertrauensleute hatten ausgesagt, dass dieses Geld nicht im Sumpf der Korruption verschwunden sei, sondern in ihrem Haus aufbewahrt worden wäre, weshalb sie das Geld auch wieder zurückgeben und dem Staat zur Verfügung stellen konnten. Der Prozess zog sich lange hin und wurde von öffentlichen Debatten und Protesten sowie Demonstrationen der Gegner von Akbar Tanjung begleitet. Schließlich hat der Oberste Gerichtshof als höchste Rechtsinstanz Indonesiens Mitte Februar sein Urteil verkündet. Die beiden Vertrauensleute von Akbar Tanjung sind zu einem Jahr Gefängnis und zu einer Geldstrafe von zehn Millionen Rupiah (circa 1000 Euro) verurteilt worden. Akbar Tanjung hingegen, der in diesem Fall der Hauptverantwortliche gewesen ist, wurde von allen Anklagepunkten freigesprochen.

Die Wirtschaft braucht die Regierung nicht mehr

Was die Wirtschaft betrifft, bin ich noch nicht zu einer abschließenden Meinung gekommen. Wenn man die Situation aus deutscher Perspektive betrachtet, befindet sich Indonesien noch in einer Wirtschaftskri-

se. Auf der materiellen Ebene allerdings hat die Entwicklung nicht aufgehört. Es wird weiter gebaut, die Einkaufszentren sind voller Kunden, die Anzahl der von Straßenhändlern betriebenen Stände mit Essen, Kleidung und sonstigen Waren sind mehr geworden, und es finden sich auch überall Käufer. Die tatsächliche Wirtschaftssituation wird nicht mehr so durch die Politik der Regierung beeinflusst. Ein Unternehmer sagte sogar, dass die Wirtschaft die Regierung nicht mehr braucht. Mal abgesehen davon, ob man für einen freien Markt ist oder nicht, bedeutet das aber auch, dass der durch die Initiative der Bevölkerung aufgebaute Klein- und Straßenhandel eine neue Einnahmequelle für den lokalen Beamten- und Regierungsapparat geworden ist.

Ein Unternehmer, der zufällig neben mir im Flugzeug saß, erzählte, dass viele Unternehmer vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ihre Investitionen zurückhalten. Aber es würde für Wahlzwecke so viel Geld ausgegeben, dass dies einen tatsächlichen Wirtschaftsschub bewirken könnte. Da internationale Organisationen sehr viel Geld ausschütten werden, um die Wahlen zu unterstützen, wird auch die Regierung selbst ein großes Budget für Wahlzwecke aufstellen, ebenso werden die Kandidaten für die Parlamentswahlen und die Präsidentschaftskandidaten Mittel für die Wahlkampagne mobilisieren.

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

Auch wenn die Wahl näher rückt, spüre ich keine solche politische Spannung wie bei den vorangegangenen Wahlen. Viele Menschen sind skeptisch im Hinblick auf das Ergebnis der Parlamentswahlen. Die Wahlgesetze sind diskriminierend und nur auf die Interessen der großen Parteien ausgerichtet. Die von den politischen Parteien aufgestellten Kandidaten sind kein Spiegel der Wünsche der Bevölkerung, und das komplizierte Wahlsystem mit der begrenzten Kapazität der Wahlaufsichtskommission (*Komisi Pemilihan Umum* — KPU) bewegt die Wähler dazu, nicht mehr ernsthaft über die Parlamentswahlen nachzudenken. Nach meiner Einschätzung ist der allgemeine Eindruck, dass die Wahl zwar tatsächlich durchgeführt wird, aber niemand viel vom Ergebnis der Parlamentswahlen erwartet. Deswegen hat der Aufruf zum Wahlboykott wenig öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Die Kandidaten und politischen Parteien werden einfach damit anfangen, verschiedene Dinge für die Wahlkampagne zu verteilen, was mit Transportmitteln für die wichtigsten Unterstützer beginnt, sich mit der Verteilung von Jacken an die Wahlkader fortsetzt und mit der Verteilung von T-Shirts in den Farben der Parteien und mit Aufdrucken der Wahlkandidaten an die Wähler aufhört.

Parteiinterne Konflikte vorprogrammiert

Zu politischen Spannungen kommt es jetzt eher in den Parteien selbst, weil es eine Konkurrenz um die Aufstellungsnummern der Kandidaten auf den Wahlzetteln gibt. Selbstverständlich kann jeder Wähler seinen Kandidaten unabhängig von der Aufstellungsnummer wählen, aber falls ein Kandidat nicht die erforderliche Mindestanzahl von Stimmen zusammen bekommt, werden seine Stimmen der Partei zugeschlagen. Diese Stimmen werden dann von der Partei gesammelt und den Parteikandidaten gemäß der Reihenfolge der Aufstellung gegeben. Beispielsweise liegt für das Parlament die erforderliche Mindeststimmenzahl bei 400.000. Jeder Kandidat, der mehr als 400.000 Stimmen erhält, wird automatisch Parlamentsmitglied. Falls aber jemand nur 399.000 Stim-

men bekommt, gehören diese Stimmen der Partei und werden nach der Reihenfolge der Aufstellung verteilt. Wenn der Kandidat Nummer eins nur 100.000 Stimmen bekommt, seine Partei aber über die restlichen Stimmen in Höhe von 401.000 verfügt, wird er automatisch Parlamentsmitglied. Der Kandidat Nummer drei, der 399.000 Stimmen erhält, wird dafür dann kein Parlamentsmitglied. Ein anderes Problem besteht darin, dass, wenn ein Wähler nur für den Kandidaten abstimmt, aber nicht für die Partei, seine Stimme ungültig ist. Wenn aber nur die Partei angekreuzt wird, aber nicht der Kandidat, ist die Stimme gültig. Mit dieser Regelung für die Parlamentswahlen ist es zu einer scharfen Konkurrenz unter den jeweiligen Kandidaten innerhalb der politischen Parteien gekommen. Bereits jetzt gibt es eine Reihe von Konflikten wegen der Reihenfolge der Nummern im Wahlregister. Bei solchen parteiinternen Konflikten reduziert sich die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien auf ein Minimum.

Aus der gegenwärtigen Situation kann man voraussagen, dass die Präsidentschaftswahlen interessanter sein werden. Zum ersten Mal kann ein Präsident (oder eine Präsidentin) direkt durch das indonesische Volk gewählt werden. Die Bestimmungen für die Präsidentschaftswahl sind ziemlich klar, so dass der Wähler von Anfang an genau weiß, wie er seine Stimme einsetzen kann. In der

ersten Phase der Präsidentschaftswahl, bei der mehrere Kandidaten miteinander konkurrieren, gibt es nicht viel zu befürchten. Man geht davon aus, dass die Spannungen erst bei der Stichwahl zwischen zwei Kandidaten am 15. September 2004 auftreten werden, weil dann nur noch zwei Kandidaten mit ihren jeweiligen Stellvertretern antreten. Es wird zu Unstimmigkeiten kommen, falls sich einer der Kandidaten nicht fair verhält. Läuft alles korrekt, wird es auch nicht dazu kommen. Bis jetzt gibt es für die Wahl noch keinen idealen Präsidentschaftskandidaten beziehungsweise Kandidatin mitsamt jeweiligem/r Stellvertreter/in. Die Kandidaten, die bis jetzt öffentlich angetreten sind, besitzen nicht die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Aus mehreren Telefon- und SMS-Umfragen ist kein repräsentatives Ergebnis herausgekommen, weil Kandidaten wie der Vorsitzende der *Partai Keadilan Sejahtera* (eine formal islamische Partei) mehr als 15 Prozent der Stimmen bekommen hat, während Megawati gerade mal 1,2 und Abdurrahman Wahid nur 0,9 Prozent erhalten haben. Wenn man das so sieht, gibt es also eine Gruppe von zynischen Leuten, die einen Mann, der nicht klar bei Verstand ist, als zukünftigen Präsidenten Indonesiens aufgestellt haben. Bis jetzt gibt es noch keine/n Kandidatin oder Kandidaten, die oder der verlässlich die multidimensionale Krise Indonesiens beenden könnte.



Die demokratischen Werte wachsen heran

Zurück zum täglichen Leben, wo ich vieles mit deutschen Augen gesehen habe; so gibt es große Fortschritte im sozialen Leben der Gesellschaft. Zum Beispiel verläuft das Anstehen für Fahrkarten oder sonstiges viel geordneter. Meinungsunterschiede in Diskussionen oder Debatten sind kein Tabu mehr, viele Menschen haben angefangen, sich daran zu gewöhnen, Kritik zu akzeptieren, ohne sich beleidigt zu fühlen. In einem Dorf lebten Mitglieder von verschiedenen Parteien — ohne ständig politische Auseinandersetzungen zu haben. Im Dorf waren die Fahnen von verschiedenen Parteien gehisst worden und es gab Slogans mit Friedensaufrufen zwischen den einzelnen Parteien und so weiter. Aus dieser Perspektive ist es eine erfreuliche Entwicklung, oder mit anderen Wor-

ten: Die demokratischen Werte wachsen heran und schlagen Wurzeln in der Gesellschaft.

Ein brennendes Problem ist allerdings, dass Intellektuelle, Aktivisten und Politiker noch keine politische Vision entwickelt haben, die von einer öffentlichen Mehrheit geteilt wird. Alle gehen nur von der eigenen Perspektive aus und diese »Wahrheit« wird dann der Öffentlichkeit aufgezungen. Wenn sich eine Person oder eine Gruppe gegen diese Gedanken verwehrt, werden sie mit akademischen und politischen Argumenten als dumm bezeichnet. Die Motoren der Entwicklung haben noch nicht ernsthaft die Vorstellungen, die sich innerhalb der Gesellschaft entwickeln, aufgenommen, um Konzepte für das Weiterkommen der Gesellschaft zu formulieren. Die Entscheidungen und die Politik von Legislative, Exekutive und Judikative sind eben so, sie machen Kompromisse, die nicht vom

Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit geleitet sind, sondern vom Interesse von Privatpersonen oder bestimmten Gruppen.

Das Volk beginnt, sich in verschiedenen Massenorganisationen oder auch in den politischen Parteien zu organisieren. Aber die Massenorganisationen und die Parteien funktionieren noch nicht optimal. Wenn ihre Entwicklung allerdings nicht durch eine autoritäre Regierung blockiert wird, wird es früher oder später Parteien und Massenorganisationen geben, die sich am Interesse der Öffentlichkeit orientieren. Die wichtigste Bedingung dafür ist, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ohne Behinderungen vorankommen und das Kapitel der Neuen Ordnung, das heißt die Suharto-Zeit und ihre Überreste, nicht nach dieser Wahl wieder an Macht gewonnen hat.

Paarlauf

Zur Novellierung der Wahlgesetze

von Mathias Diederich

*Die letzten Parlamentswahlen im Jahr 1999 waren die ersten freien Wahlen seit 1955. Die Durchführung, nur ein Jahr nach dem Ende der Suharto-Ära, konnte als Erfolg gewertet werden. Auch internationale Beobachter stellten fest, dass der Urnengang angesichts der Umwälzungen, die ihm vorausgegangen waren, erstaunlich fair und demokratisch verlaufen war. Dennoch gab es Defizite, die zu einer Novellierung der Wahlgesetze unter Präsidentin Megawati Soekarnoputri geführt haben. Die wichtigsten Veränderungen für die nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollen hier in Kürze dargestellt werden.**

An den alten Wahlgesetzen, die in Eile während der Interimsregierung von Präsident B.J. Habibie verabschiedet worden waren, gab es vor allem folgende Kritikpunkte:

- der Zuschnitt der Wahlkreise habe dünn besiedelte Gebiete zu viel Gewicht verliehen;
- die Zahl der zur Wahl zugelassenen Parteien sei zu groß gewesen und habe dazu geführt, dass vielen Parteien der Einzug ins Parlament verwehrt blieb;

- die Parteien seien nach den Wahlen bei der Nominierung ihrer Parlamentarier nicht darauf angewiesen, den Wählerwillen zu respektieren. Das Volk müsste deshalb durch die Wahlen direkteren Einfluss auf die personelle Besetzung des Parlaments nehmen können;
- die Präsidentschaftswahl durch die Volksvertreter habe die Wunschkandidatin des Volkes, Megawati Soekarnoputri, nicht zum Zuge

kommen lassen (Megawati Soekarnoputri ist zwar mittlerweile bekanntlich Amtsinhaberin, aber 1999 war zunächst Abdurrahman Wahid zum Präsidenten gewählt worden, dessen Partei PKB weit aus schlechter abgeschnitten hatte als Megawatis PDI.).

Der Autor ist wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien (Südostasienswissenschaften) der Uni Frankfurt..